

® Oekumenische Initiative Eine Welt

Plädoyer für

Sicherheit neu denken

Der Rundbrief "Initiativ" der Oekumenischen Initiative Eine Welt räumt Stimmen zum Ukraine-Krieg ausführlichen Platz ein. So analysiert der Koordinator von "Sicherheit neu denken", Ralf Becker, unter anderem:

"Russland hat sich seit langem im Konflikt mit der Ukraine eskalierend verhalten - und der jetzige verbrecherische Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Doch für die Konflikteskalation allein Präsident Putin verantwortlich zu machen, blendet unsere eigene Mitverantwortung für den aktuellen Krieg aus. Es wird behauptet, es sei eine Lüge von Präsident Putin, dass der Westen Russland 1990 die Nicht- Ausweitung der NATO nach Osten zugesagt habe. Entsprechende Zusagen sind damals aber mündlich nachweislich von Bundeskanzler Kohl sowie den Außenministern Genscher und Baker (USA) mehrfach gegeben worden. So erklärte Baker am 9. Februar 1990 im Kreml, die NATO werde ihren Einflussbereich "nicht einen Inch weiter nach Osten ausdehnen", falls die Sowjets der Nato-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands zustimmten."

Auch westliche Versäumnisse

Zudem hat es die Ukraine versäumt, ihren russischsprachigen Bürgerinnen in der Ostukraine eine weitgehende Autonomie einzuräumen. Wir waren nicht entschieden genug, das ukrainische Parlament zu einer deeskalierenden Sprachenpolitik zu bewegen, als letzteres 2019 Russisch mit Wirkung zum 1. Januar 2022 als Amtssprache verboten hat. Zu einer vollgültigen Demokratie gehört auch die Anerkennung von Minderheitenrechten, die Präsident Putin bezüglich der großen russischsprachigen Minderheit in der Ukraine mit Recht drastisch beschnitten sieht.

Die NATO sollte jetzt angesichts der zunehmenden Irrationalität Wladimir Putins und der drohenden weiteren Eskalation aktiv eine zukünftige Neutralität Kiews unterstützen. Auf dieser Grundlage könnte die OSZE zum Dach werden, unter dem alle Staaten souverän und gemeinsam mit Russland und der Ukraine eine wirklich gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheits-ordnung aufbauen."

Einige Stimmen fügen an, dass es direkte Anrainerstaaten zu Russland, wie Polen u.a. waren, die aus Sorge um ihre Sicherheit eine Mitgliedschaft in der NATO wünschten.

Kontakt: Oekumenische Initiative Eine Welt, Mittelstraße 4, 34474 Diemelstadt-Wethen, Tel.: 0 56 94/ 14 17, EMail: info[et]oeiew.de

(Aus: Oekumenischer Informationsdienst Nr. 127)